

Ein neues Spiel – ein neues Glück?

Die letzten (und nächsten) Wochen gehören zu den turbulentesten, die die österreichische Innenpolitik in den zugegebenermaßen nicht allzu ruhigen letzten Jahren erlebt hat. Mehr als je zuvor wird die anstehende Wahl Einfluss auf die Ausrichtung der Bildungspolitik und somit auch auf die Zukunft unserer Universitäten haben.

Die österreichischen Universitäten steuern zurzeit auf eine Universitätsreform zu, die von den meisten so nicht gewollt wurde und immer noch nicht gewollt wird.

Die Hochschülerschaft hat in den vergangenen Monaten mit vereinten Kräften versucht, die mit diesem Gesetz auf die Studierenden zukommenden möglichen Schlechterstellungen abzuwenden. Manches davon wurde im Laufe des Ge-

setzwerdungsprozesses gehört; die große Mehrheit an Befürchtungen und Vorschlägen wurde allerdings vom Tisch gewischt – und das Gesetz in der letzten Nationalratsitzung vor der Sommerpause mit den Stimmen der schwarz-blauen Regierung beschlossen. Inzwischen ist diese Regierung vor allem an sich selbst zerbrochen. Mit den anstehenden Neuwahlen ergeben sich neue Chancen, diese Universitäts-

reform in eine für alle Betroffenen positivere Richtung zu führen.

Welche Richtung dies sein wird, hängt vor allem vom „Wählerwillen“ ab...also von dir!

Die Ansichten der zur Nationalratswahl antretenden Parteien unterscheiden sich zum Teil erheblich. Um dir einen Überblick zu verschaffen und dir deine Entscheidung zu erleichtern, findest du in dieser Ausgabe die aktuellen Standpunkte der Parteien zu einigen der für die Studierenden wichtigsten Fragen zur Reform der Universitäten und Studiengebühren.

Du hast die Wahl...



Evelin Fissithaler
Vorsitzende der
Universitätsvertretung

Volle Fahrt voraus...?

Kurz vor der Sommerpause hat die schwarz/blau Regierung noch das neue Universitätsgesetz (UG02) beschlossen. Dem gingen massive Proteste und zahllose Streitgespräche voran.

Nun, kurz bevor die ersten Schritte zum Übertritt der Universitäten in das neue Gesetz gemacht werden, liegt durch die anstehenden Neuwahlen die Zukunft dieses Gesetzes und somit auch die Zukunft der Universitäten wieder in dichtem Nebel. Die Ansichten der Parteien zu einer möglichen Reform der Universitäten sind sehr unterschiedlich, und dementsprechend unklar ist zurzeit auch die Situation für die Menschen an den Universitäten. Je nach Wahlergebnis sind nun verschiedene Szenarien möglich. Diese reichen von einem Festhalten am bestehenden Gesetz bis hin zu einer Neudiskussion und umfangreichen Verbesserungen.

Doch die Zeit drängt. Da sich das Ministerium mittels „Ersatzvornahmen“ gegen Universitäten abgesichert hat, die den extrem engen Zeitplan nicht einhalten können, entsteht ein hoher Druck auf die Verantwortlichen in den Unis, die Umsetzung zügig voranzutreiben. Denn es ist in niemandes Interesse, dass die (Noch-)Ministerin Elisabeth Gehrler mit Hilfe einer solchen Ersatzvornahme in Entscheidungen der Universität lenkend eingreift.

Was sind nun diese möglichen Szenarien? Einen vagen Eindruck, was alles möglich sein könnte, kann man bereits erhalten, wenn man die Stellungnahmen der Parteien studiert, die sich in dieser Ausgabe, auf der Webseite des BiPol-Referates, in den Pressemeldungen und auf den Webseiten der Parteien finden.

Erwartungsgemäß halten sowohl die ÖVP als auch die FPÖ das Universitätsgesetz 2002 für gut gelungen und „den“ Garant für eine erfolgreiche Zukunft der österreichischen Universitäten. SPÖ und Grüne orten starken Reparaturbedarf; für sie ist es unabdingbar, dass die Implementierung des Gesetzes ausgesetzt und es unter allen Betroffenen nochmals diskutiert wird. Beide haben auch schon Ihre Ideen für eine Umgestaltung vorgestellt, die sie im Falle einer Regierungsbeteiligung umsetzen wollen. Darunter finden sich unter anderem die stärkere Absicherung der Studienrechte und die Abschaffung der Studiengebühren.

In diesem Zwiespalt befinden sich nun die Angehörigen der Universitäten und damit auch wir Studierendenvertreter:

Zahlt es sich aus, schon jetzt aus den Startlöchern zu schnellen und in die Richtung zu laufen, die nach dem 24. November am aussichtsreichsten scheint? Soll man sich strikt an die im Sommer beschlossenen UG 02 vorgegebenen Umsetzungsbestimmungen halten? Was, wenn der ganze Prozess dann erst wieder mittendrin abgebrochen wird und diverse Entscheidungen mühsam revidiert werden müssen? Oder ist es doch besser einfach noch zuzuwarten?

Letztlich wird alles vom Wahlergebnis und – für den Fall, dass sich eine Regierungskonstellation ergibt, die mit dem Gesetz in seiner jetzigen Form nicht glücklich ist – von der Geschwindigkeit der Regierungsbildung abhängen, ob das von allen Universitäten kritisierte Gesetz umgesetzt oder neu diskutiert wird.

Eine schöne und spannende Zeit wünscht Euch
Michael Pienn



Michael Pienn